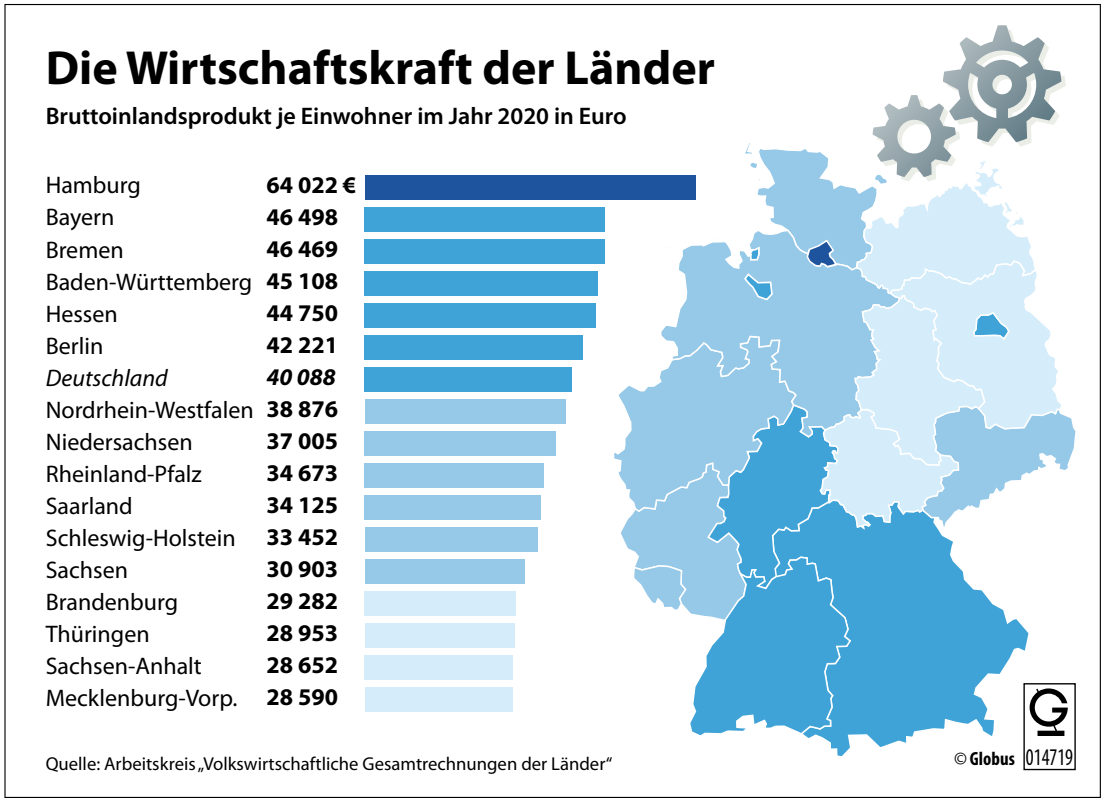
dpa·Globus

Bb-014719
76. Jahrgang, 18. Juni 2021



West-Ost-Gefälle

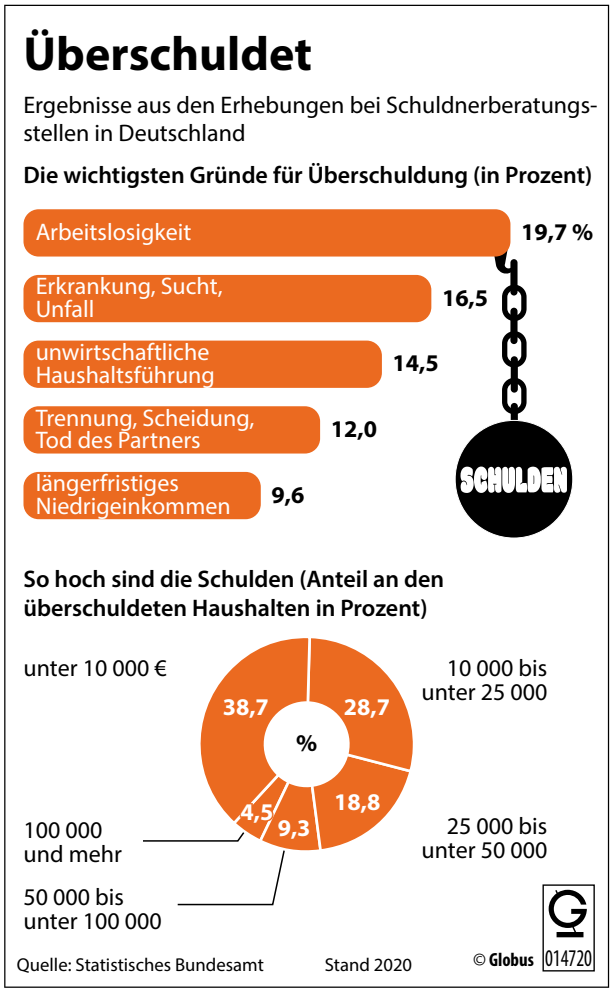
Hamburg hat mit Abstand die größte Wirtschaftskraft aller Bundesländer. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner erreichte in der Hansestadt im Jahr 2020 eine Höhe von 64 022 Euro. Damit wurde das zweitplatzierte Bayern um rund 17 500 Euro oder rund 38 Prozent übertroffen. Für diesen Spitzenplatz haben allerdings nicht allein die Hamburger Bürgerinnen und Bürger gesorgt. Mitgeholfen haben auch die Erwerbstätigen, die ihren Wohnsitz im Umland von Hamburg haben (vor allem in den Randgebieten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, dem sogenannten „Speckgürtel“) und zu ihrem Arbeitsplatz in die Elbmetropole pendeln. Am unteren Ende der BIP-Skala lagen die ostdeutschen Bundesländer, angeführt von Sachsen mit einer Wirtschaftsleistung von 30 903 Euro je Einwohner. Mecklenburg-Vorpommern hat mit einem Bruttoinlandsprodukt von 28 590 Euro je Einwohner die geringste Wirtschaftskraft.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (http://dpaq.de/ELtCo)
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022
Siehe auch Grafik: 014614 Wirtschaftswachstum: So schnitten die Länder ab, 014523 Das Bruttoinlandsprodukt 2020, 014559 Das Auf und Ab der Wirtschaft
Grafik: Fred Bökelmann; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Dr. Bettina Jütte

dpa-infografik GmbH, Postfach 13 03 93, 20103 Hamburg, Tel. (040) 411332940, www.dpa-globus.de, E-Mail: infografik@dpa.com

dpa·Globus

Ob-014720
76. Jahrgang, 18. Juni 2021



Im Durchschnitt 29 230 Euro Schulden

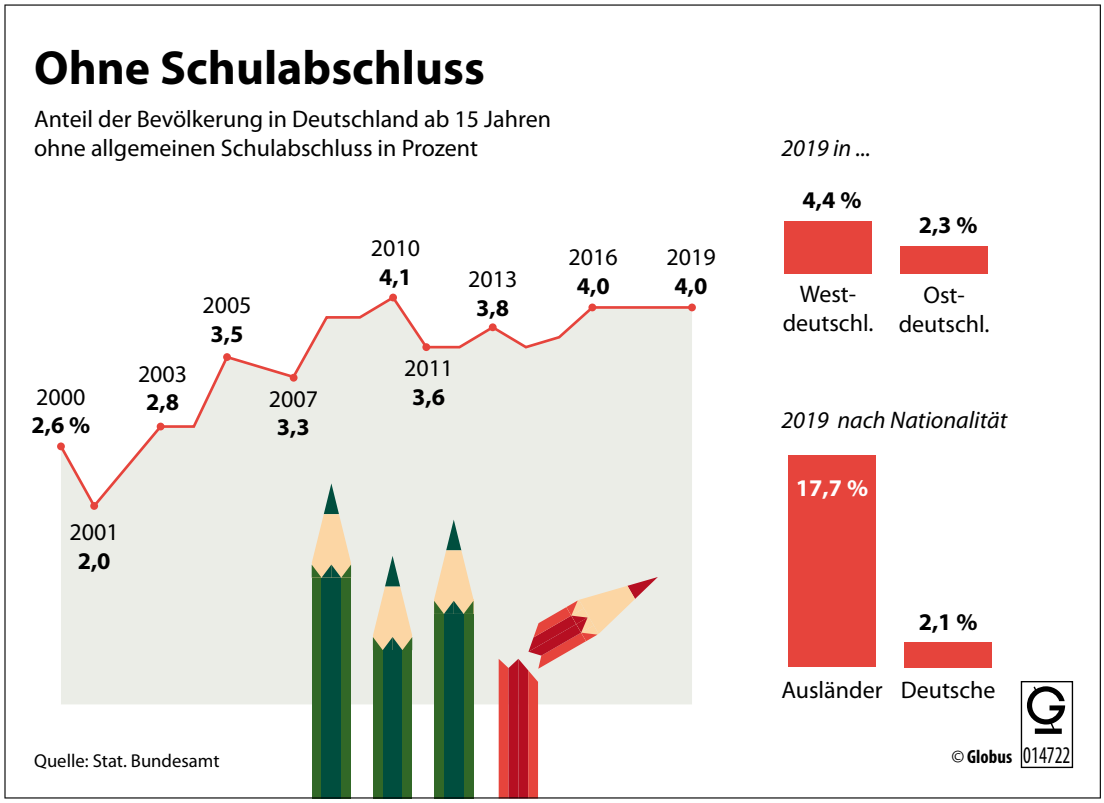
Rund 1430 Schuldnerberatungsstellen bundesweit bieten Menschen in finanziellen Notlagen eine Beratung an. Für das Jahr 2020 wertete das Statistische Bundesamt die Angaben von rund 143 000 Schuldnern in 593 Beratungsstellen aus. Das Ergebnis: Alleinlebende Männer und Frauen sind die zwei größten Schuldnergruppen. Zusammen stellen sie fast die Hälfte der überschuldeten Menschen. Zu Beginn der Beratung hatten die Ratsuchenden, die eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, durchschnittlich etwa 29 230 Euro Schulden. Hauptgründe, warum Menschen in die Schuldenfalle geraten, waren der Verlust des Arbeitsplatzes (19,7 Prozent) oder eine Krankheit, Sucht oder ein Unfall (16,5 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt (http://dpaq.de/wJEAy, http://dpaq.de/n8E42)
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Mitte 2022
Siehe auch Grafik: 014718 Wer hat Schulden, 014387 Hartz-IV-Regelsätze, 014488 Wie das Einkommen verteilt ist
Grafik: Ben Bolte; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Dr. Bettina Jütte

dpa-infografik GmbH, Postfach 13 03 93, 20103 Hamburg, Tel. (040) 411332940, www.dpa-globus.de, E-Mail: infografik@dpa.com

dpa·Globus

Ia-014722
76. Jahrgang, 18. Juni 2021



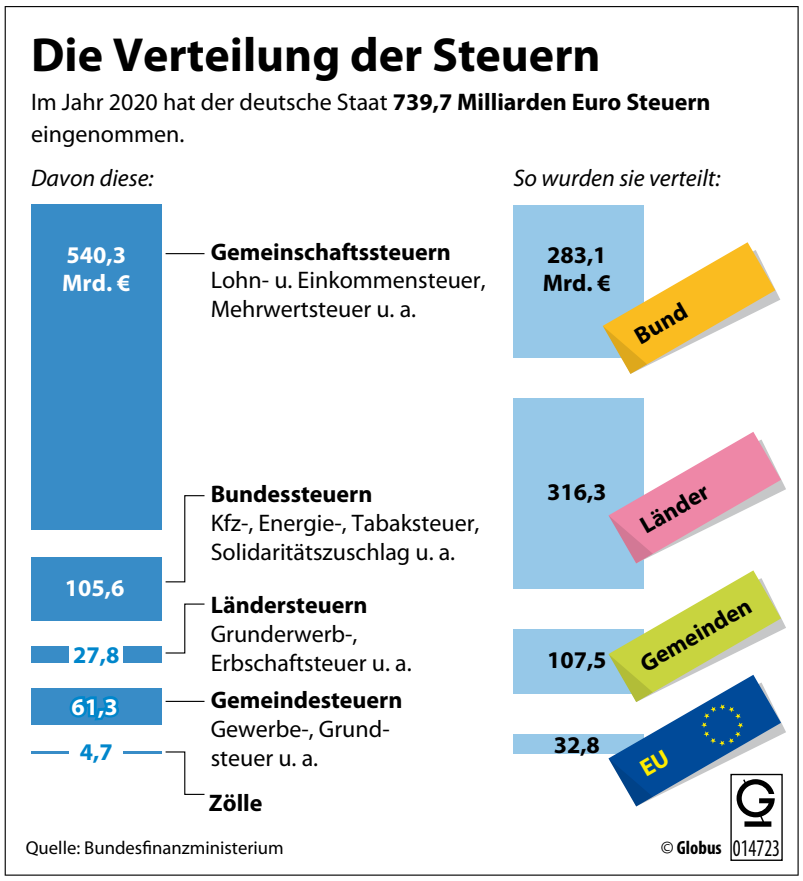
Vier Prozent der Bevölkerung ohne allgemeinen Schulabschluss

2,9 Millionen Personen in Deutschland ab 15 Jahren hatten im Jahr 2019 keinen allgemeinen Schulabschluss. Das entsprach einem Anteil von 4,0 Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil unverändert. Das geht aus Daten des Statistischen Bundesamtes hervor. Bei der ausländischen Bevölkerung war der Anteil der ab 15-Jährigen ohne Schulabschluss im Jahr 2019 mit 17,7 Prozent deutlich höher als bei den Deutschen (2,1 Prozent). Sowohl bei der deutschen als auch bei der ausländischen Bevölkerung waren es vor allem die Älteren ab 65 Jahren, unter denen es den größten Anteil von Menschen ohne Schulabschluss gab. Bei den Deutschen lag der Anteil hier bei 2,6 Prozent, bei den Ausländern war es rund jeder Dritte, der keinen Schulabschluss hatte. Im Langzeitvergleich zeigt sich, dass der Anteil von Personen ohne Abschlusszeugnis deutlich gestiegen ist: Im Jahr 2001 waren es zum Beispiel mit 2,0 Prozent nur halb so viele wie 2019. Den bisherigen Höchstwert hat es im Jahr 2010 mit einem Anteil von 4,1 Prozent gegeben.

Quelle: Statistisches Bundesamt (http://dpaq.de/3Z4iT)
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022
Siehe auch Grafik: 014323 Schulabschlüsse, 014596 Bildung der Eltern beeinflusst die Schulwahl
Grafik: Athanassios Zafirlis; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte

dpa·Globus

Tb-014723
76. Jahrgang, 18. Juni 2021



Bund und Länder bekommen die größten Anteile

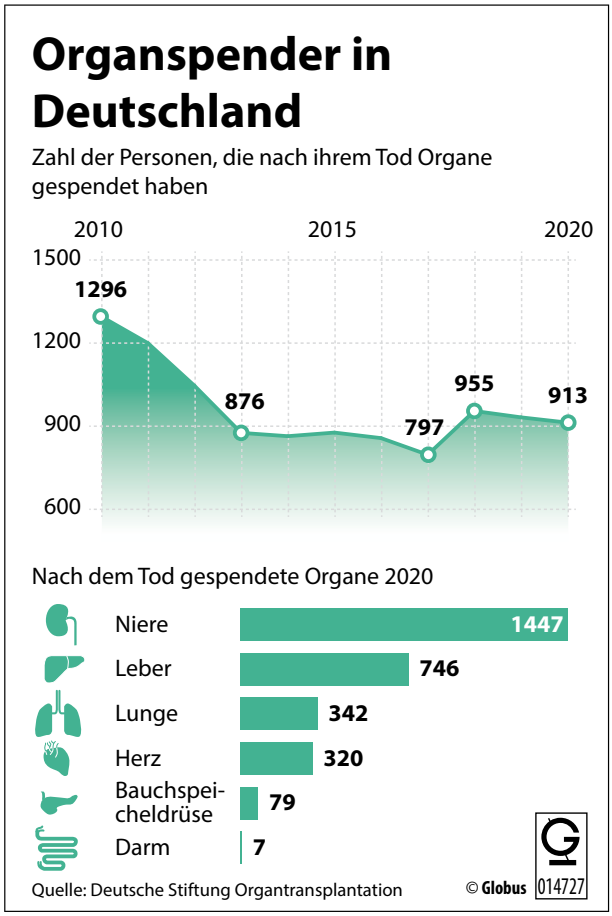
739,7 Milliarden Euro Steuern hat der deutsche Staat im Jahr 2020 eingenommen. Davon trugen die Gemeinschaftssteuern, die von Bund, Ländern und Kommunen gemeinschaftlich erhoben werden, allein 73 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Darunter fallen beispielsweise die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer mit 219 Milliarden Euro sowie die Lohnsteuer mit 209 Milliarden Euro. Auf reine Bundessteuern (beispielsweise die Kfz-Steuer) entfielen dagegen nur 14 Prozent des Steueraufkommens, acht Prozent aller Steuern wurden von den Kommunen erhoben und nur rund vier Prozent von den Ländern. Nach der Verteilung, die zum Teil nach komplizierten Schlüsseln erfolgt, ergibt sich ein anderes Bild: Jetzt beanspruchten die Länder mit 316 Milliarden Euro rund 43 Prozent des gesamten Steueraufkommens, 38 Prozent erhielt der Bund, und auf die Gemeinden entfielen 15 Prozent. Der Rest (4 Prozent) floss in die Kassen der Europäischen Union.

Quelle: Bundesfinanzministerium (http://dpaq.de/h96y7)
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022
Siehe auch Grafik: 014671 Die Steuerschätzung, 014609 Steuerspirale 2020, 014697 Einkommensteuer: Wer zahlt wie viel Steuern?
Grafik: Karen Losacker, Fred Bökelmann; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Dr. Bettina Jütte

dpa-infografik GmbH, Postfach 13 03 93, 20103 Hamburg, Tel. (040) 411332940, www.dpa-globus.de, E-Mail: infografik@dpa.com

dpa·Globus

Sc-014727
76. Jahrgang, 18. Juni 2021



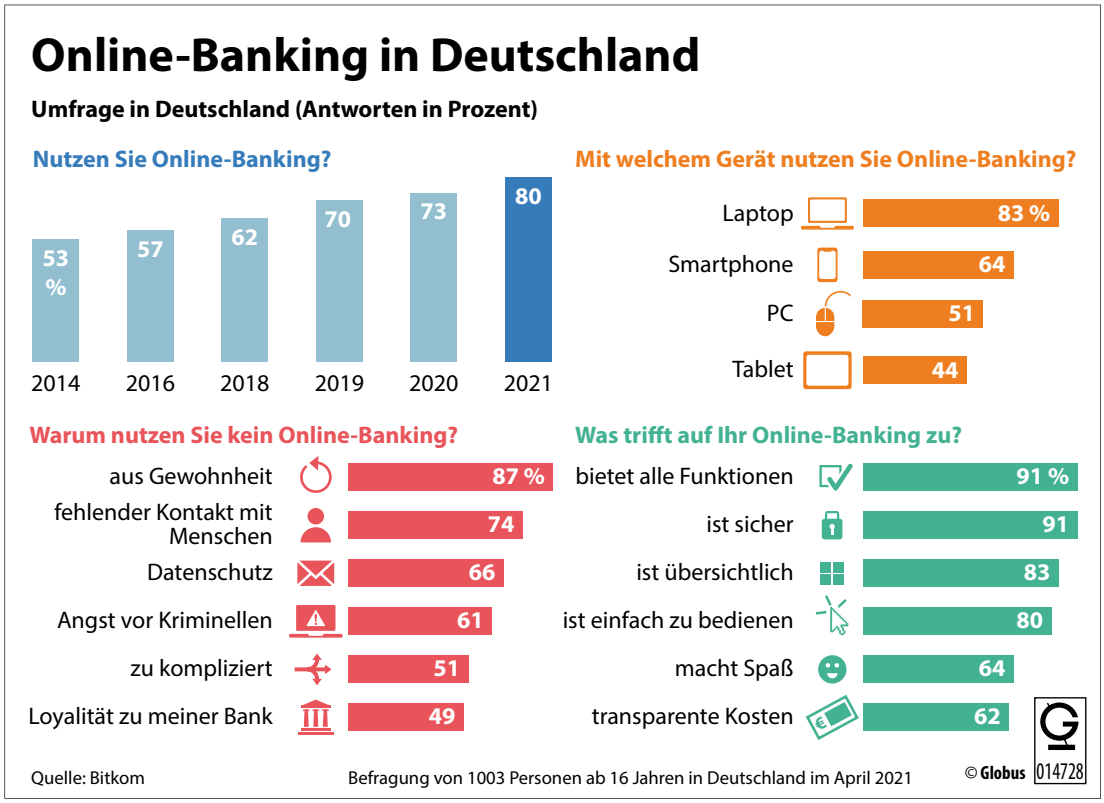
Zahl der Organspender 2020 etwas gesunken

913 Menschen haben im Jahr 2020 in Deutschland nach ihrem Tod Organe gespendet, um schwer kranken Menschen zu helfen. Damit ist die Zahl der Organspender leicht um 19 Personen oder zwei Prozent gesunken. Die Zahl der postmortal gespendeten Organe ist um 1,8 Prozent auf 2941 gesunken. Nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) sind die Organspenden in anderen europäischen Ländern während der Corona-Pandemie dagegen deutlich eingebrochen. Dass Deutschland von starken Rückgängen verschont blieb, führt die DSO unter anderem darauf zurück, dass schon früh mit den beteiligten Institutionen Regelungen getroffen wurden, um die Sicherheit im Organspendeverfahren zu gewährleisten. Auch das im April 2019 in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Organspende-Strukturen habe vermutlich zu der relativ stabilen Lage beigetragen.

Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation (http://dpaq.de/rkHjI)
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022
Siehe auch Grafik: 014580 Der Preis für die Gesundheit
Grafik: Ben Bolte; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte

dpa·Globus

Ge-014728
756. Jahrgang, 18. Juni 2021



Corona sorgt für kräftigen Online-Banking-Schub

Die Corona-Pandemie hat zu einem deutlichen Anstieg beim Online-Banking geführt. Acht von zehn Bundesbürgern erledigen ihre Bankgeschäfte inzwischen online. Im vergangenen Jahr lag der Anteil noch bei 73 Prozent. Vor allem unter den Älteren ab 65 Jahren ist der Nutzeranteil von 22 Prozent auf 39 Prozent deutlich gewachsen. Damit nutzen 6,5 Millionen Seniorinnen und Senioren inzwischen den Online-Service ihrer Bank. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage durch den Branchenverband Bitkom im April 2021. Gleichzeitig entwickelt sich das Online-Banking immer mehr zum Smartphone-Banking. Rund zwei Drittel der Nutzer von Online-Banking greifen auch ab und zu zum Smartphone.

Quelle: Bitkom (http://dpaq.de/42Lrl)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022

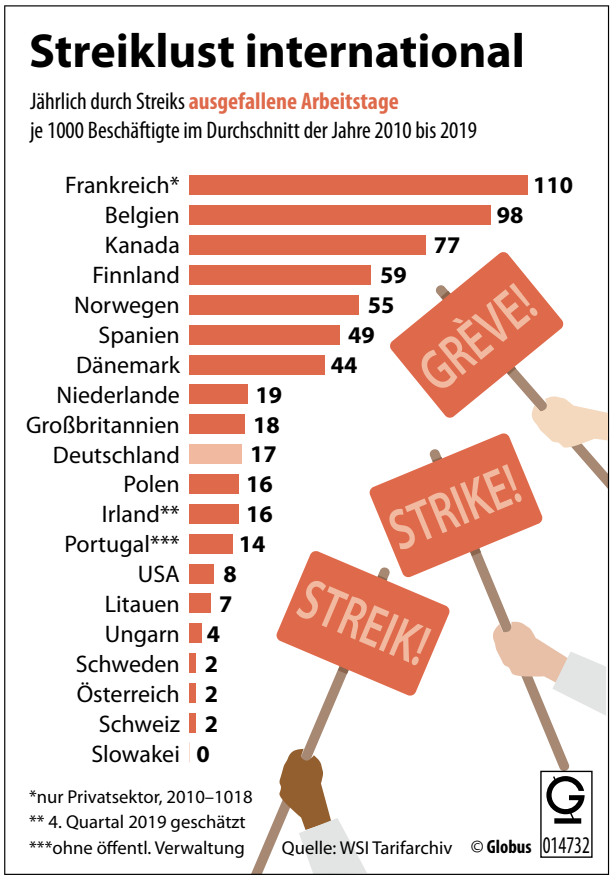
Siehe auch Grafik: 014654 Digitale Kompetenzen in der Schule, 014700 Bar oder mit Karte?, 014521 Die Funktionen des Geldes

Grafik: Athanassios Zafirlis; **Redaktion:** Sophie Lauterbach

dpa-infografik GmbH, Postfach 13 03 93, 20103 Hamburg, Tel. (040) 411332940, www.dpa-globus.de, E-Mail: infografik@dpa.com

dpa·Globus

Lb-014732
76. Jahrgang, 18. Juni 2021



Streiklustige Franzosen

In Frankreich wird im internationalen Vergleich am häufigsten gestreikt. Im Zeitraum von 2010 bis 2019 sind dort nach der offiziellen nationalen Statistik in der Privatwirtschaft pro 1000 Beschäftigte durchschnittlich 110 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe ausgefallen. Mit durchschnittlich 98 ausgefallenen Arbeitstagen pro Jahr im Zeitraum von 2010 bis 2019 folgt Belgien auf dem zweiten Platz. Das ergibt eine Auswertung nationaler Statistiken durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). In Deutschland wird dagegen vergleichsweise wenig gestreikt. Die Zahl der Ausfalltage je 1000 Beschäftigte lag hier nach WSI-Schätzungen im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019 bei 17. Zu bedenken ist bei dem Ranking, dass es keine einheitliche internationale Regelung zur Erfassung von Streiks gibt. Die nationalen Statistiken basieren teilweise auf sehr unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) (http://dpaq.de/OomOt)
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022
Siehe auch Grafik: 014707 Wo Beschäftigte mitbestimmen, 014189 Die gesetzlichen Kündigungsfristen
Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte

dpa-infografik GmbH, Postfach 13 03 93, 20103 Hamburg, Tel. (040) 411332940, www.dpa-globus.de, E-Mail: infografik@dpa.com